

Grundstückstausch soll Gärten in Westend retten. Seit Monaten protestieren Bewohner der denkmalgeschützten Häuser an der Westendallee 77-91 gegen Pläne der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Gewobag, einen Großteil der Mietergärten zu bebauen. Die [Bürgerinitiative Grüne Westendallee](#) kritisiert die „extreme Nachverdichtung“ und einen „Verlust ökologisch wertvoller Gartenfläche“. Außerdem würden durch mangelnder Abstandsflächen „hunderte Anwohner ihrer Privatsphäre beraubt“. Auf den Gärten, die einem privaten Grundstückseigentümer gehören, will die Gewobag bis zu 350 Studentenwohnungen in vierstöckigen Neubauten errichten.

Die Pläne widersprechen dem erfolgreichen Bürgerbegehren zur Erhaltung aller Grünflächen in Charlottenburg-Wilmersdorf. 2016 hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Forderungen übernommen. Also lehnte das Bezirksamt im vorigen Jahr einen Antrag auf einen Bauvorbescheid für das Gelände an der Westendallee ab.

Doch im Widerspruchsverfahren sah es die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung anders – der Vorbescheid wurde erteilt. Während die bezirkliche FDP-Fraktion dies als „gutes Signal für den Berliner Wohnungsmarkt“ und „sinnvolle Verdichtung“ lobte, suchten besonders die SPD und Grünen nach einer Alternative.

Als letzte Chance zur Rettung der Gärten gilt ein Grundstückstausch. Dafür hat sich auch die Bürgerinitiative ausgesprochen. Ein großes Problem sieht Bau- und Umweltstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) jedoch darin, dass der Bauvorbescheid dem privaten Grundbesitzer erteilt wurde. Der Stadtrat warnt vor einem Szenario, in dem man sich zwar mit der Gewobag darauf einigt, dass diese andernorts baut, aber der Eigentümer sein Baurecht an der Westendallee anderweitig nutzen könnte.

Der BVV-Stadtentwicklungsausschuss vertagte in seiner jüngsten Sitzung einen [SPD-Antrag](#) für einen Grundstückstausch und einen [ähnlichen Vorstoß](#) der Grünen. Bis zur einer Sitzung im März wollen alle Fraktionen über einen gemeinsamen Antrag beraten. Stadtrat Schruoffeneger sagte, er würde sich freuen, wenn die gesamte BVV den Berliner Finanzsenator **Matthias Kollatz** (SPD) zu einer Tauschlösung auffordere. Dann müsse sich die [Clearing- und Wohnungsbauleitstelle](#) des Senats unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters **Michael Müller** (SPD) mit dem Thema beschäftigen.

Der FDP-Baupolitiker Johannes Heyne bezweifelte, dass ein Tausch gegen ein landeseigenes Grundstück die beste Lösung wäre. Er warf die Frage auf, ob Berlin den Anwohnern an der Westendallee zu Lasten des Allgemeinvermögens helfen und damit „einige wenige privilegieren“ sollte.